



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Sensibilität für queere Vielfalt an Schule fördern“ (Drucksache 20/4106)

Vielfalt und queersensible Bildung fördern und weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt mit Sorge fest, dass Gewalt- und Diskriminierungsvorfälle gegenüber queeren Menschen deutschlandweit in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Schulen kommt bei der Prävention von Gewalt, bei der Förderung von Respekt und bei der Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt eine besondere Bedeutung zu. Schule steht dabei aber nicht alleine, sondern der Umgang und die Akzeptanz von Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen für eine diskriminierungsfreie und wertschätzende Schulkultur geschaffen hat:

1. Anerkennung selbstgewählter Namen im schulischen Alltag, u.a. auf Basis des dgti-Ergänzungsausweises, dürfen bereits heute von Schülerinnen und Schülern im schulischen Alltag verwendet werden.
2. Die Bereitstellung von Unisex-Toiletten vor Ort wurde an allen Schulen angeregt.
3. Das Fortbildungsangebot des IQSH berücksichtigt gendersensible Aspekte in den Fortbildungen der Lehrkräfte.
4. Im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten“ wurden bereits unterschiedliche Transferprodukte zum Themenkomplex Diversität und Diskriminierung für Schulen in Schleswig-Holstein erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

5. Den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften wurde ein Ansprechpartner zur Beratung und Unterstützung benannt.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dabei wird auch geprüft, wie bestehende Informationen für Schulen sowie Fortbildungsangebote für alle an Schule tätigen Personen weiterentwickelt werden können.

Darüber hinaus bittet der Landtag darum, dass beziehungsweise auf den Landtagsantrag Drucksache 20/3505 bei der Erarbeitung des Musterraumprogramms eine diskriminierungsfreie Nutzung von Sanitär- und Umkleieräumen berücksichtigt wird. Konkret soll in Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden das Musterraumprogramm Toilettenräume nach skandinavischem Vorbild mit abschließbaren Einzelkabinen mit WC und Handwaschgelegenheit als Schutzraum für alle Menschen als Standard vorsehen und Schulen empfohlen werden.

Die Landesregierung wird außerdem gebeten, eine Handreichung zu erarbeiten, die Schulen durch praxisnahe pädagogische Empfehlungen für Lehrkräfte und Schulleitungen unterstützt, den dgti-Ergänzungsausweis im schulischen Kontext zu nutzen.

Grundsätzliches Ziel ist es, Handlungssicherheit im Umgang mit Vielfalt zu fördern und Diskriminierung frühzeitig entgegenzuwirken. Die systematische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Schulpsychologinnen und weiteren an Schulen tätigen Personen im Bereich der Vielfalt ist dabei von besonderer Bedeutung.

Beate Nielsen
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion